

Offene Worte

Online Nr. 66

Zeitung der LINKEN für den Barnim 22. Nov. 2020, 30. Jahrg.

Infektionsschutz kontra Demokratie?

Sechs Meinungsäußerungen von Mitgliedern der Barnimer LINKEN



**Thomas Stein,
Panketal**

Demokratie ist nicht selbstverständlich, Demokratie muss geschützt und laufend „erarbeitet“ werden. In Zeiten der Pandemie schützen wir unsere Demokratie vor allem durch eines: durch Zurück-

haltung. Durch das Bewusstsein, in dieser Phase nicht jedes demokratische Beteiligungsrecht bis zum Äußersten in Anspruch zu nehmen. Einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zur Bewältigung einer schwierigen Situation kurzzeitig über individuelle Interessen zu stellen. Eine robuste Demokratie hält das einen Moment lang aus. Und wer weiß: **Vielleicht wird der gefühlte Wert von Demokratie** und gesellschaftlichem Zusammenhalt **durch eine gemeinsam überstandene Krise im Ergebnis sogar gestärkt.**

**Isabelle Czok-Alm,
Klosterfelde**



Infektionsschutz funktioniert nur, wenn Regierungsentscheidungen von den Menschen akzeptiert werden. Und das geht nur mit demokratischer Legitimation. Wenn Verordnungen in Hinterzimmern und an Parlamenten vorbei im kleinen Kreis beschlossen werden, dann geht diese Akzeptanz verloren. **Außerdem muss klar gesagt werden: Was passiert, wenn Fall X oder Y eintritt?** Und dann müssen sich die Verantwortlichen auch daran halten. Die Salamtaktik bei der Pandemiebekämpfung muss aufhören.

Ich verstehe die Sorgen der Menschen und es müssen Lösungen her. Was ich nicht verstehe, sind Menschen, die ohne Abstand und Anstand vermeintlich für Meinungsfreiheit und Grundrechte auf die Straße gehen. Und obwohl sie damit genau ihr Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausüben dürfen, zum Beispiel Kinder als Schutzschilde missbrauchen. Wörtlich aus einem Aufruf: Man möge zu den „Herzluffballons“ der Kinder kommen, um vor Wasserwerfern geschützt zu sein – egal ob Nazi, Hool oder andere, jeder ist willkommen. Das ist verantwortungslos, Missbrauch und un-solidarisch! Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes wird mit Füßen getreten! Pfui Spinne!

**Katharina Walter,
Eberswalde**

Wenn mich meine Friseurin fragt, wie viel denn ab darf, lautet meine Standardantwort: **„So wenig wie möglich, so viel wie nötig.“** Nun kommt mir dieser Leitsatz in den Sinn, wenn ich an die derzeitige Debatte zu Grundrechtseinschränkungen denke. Doch während meine Haare nach einem zu gut gemeinten Haarschnitt wieder nachwachsen, sind Einschnitte in unsere Grundrechte nicht mit einem Achselzucken hinnehmbar. Da erwarte ich größte Sorgfalt, Augenmaß und Verhältnismäßigkeit, denn sonst drohen Vertrauensverlust in die Politik und ein fortwährendes Sinken der Akzeptanz in Schutzmaßnahmen. Beides können wir uns in der aktuellen Lage nicht leisten – im Gegensatz zu einer schlechtsitzenden Frisur.



„Der Gefühlsdrang, der unvermeidlich und für das politische Handeln vielleicht sogar nötig ist, sollte mit einer Anerkennung der Realität einhergehen. Das aber, ... bedarf einer moralischen Anstrengung ...“

George Orwell, Über Nationalismus, 1945

**Dominik Rabe,
Bernau**

Corona ist eine Gefahr. Keine Frage. Die Pandemiebekämpfung erfordert Einschränkungen, Solidarität und große Kraftanstrengungen für jeden und jede.

Die Gesellschaft muss die Frage beantworten, zu welchen Opfern sie im Interesse des Gesundheitsschutzes bereit ist. Welche Einschränkungen der Grundrechte akzeptiert sie über welchen Zeitraum hinweg? Welche wirtschaftlichen Opfer, welche Existenznöte sind dem Einzelnen und der Gesellschaft zumutbar? Um das im Konsens zu klären, ist ein breiter Diskurs, sind demokratische Entscheidungen notwendig. Die Abschaffung der Demokratie durch Regierungsverordnungen führt zum Akzeptanzverlust und zu der Frage, ob und wann die Regierenden den Parlamenten, dem Volke, die Macht zurückzugeben bereit sind.



**Katharina Slanina,
Schorfheide**

Gerade in einer Krise muss sich die Stabilität einer Demokratie erweisen. In dieser Hinsicht ist das Vorgehen von Bundes- und Landesregierungen außerordentlich kritisch zu sehen. Denn die fehlende Beteiligung der Parlamente zeigt – den Regierenden fehlt selbst offenbar Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen. Das ist das eigentlich Fatale. **Denn natürlich sind Maßnahmen, auch einschneidende, zum Schutz vor der Pandemie erforderlich. Aber selbstverständlich müssen diese auch parlamentarisch kontrolliert werden.** Nur so kann man der Mär von der Abschaffung der Demokratie im Schatten von Corona etwas Wirksames entgegensetzen und den Menschen zeigen: Demokratie funktioniert!



**Dr. Hildegard Bossmann,
Bernau**

Das eine ist nicht notwendige Bedingung des anderen.



Der Schutz vor Infektion ist Aufgabe der öffentlichen Gesundheitsämter; Diagnose und Behandlung von Erkrankten ist Aufgabe des Gesundheitssystems. Beide müssen so ausgestattet sein, dass sie auch im Falle einer Pandemie leistungsfähig sind und flächendeckend zu Verfügung stehen. Die fatalen Folgen der Profitorientierung in der Gesundheitsversorgung sind überdeutlich: es fehlt an Fachpersonal, Einrichtungen und Schutzausrüstung. Deshalb muss die Zahl der Infektionen und auch die Zahl der Schwereerkrankten pro Zeit so niedrig wie möglich sein, damit das Gesundheitssystem nicht kollabiert. Wir sollten uns bewusst sein, dass persönliches Risiko-Verhalten fatale Auswirkungen auf Mitmenschen haben kann. **Rücksichtnahme und Solidarität sind gefordert, damit unser soziales und demokratisches Gefüge nicht kollabiert.** Die Suche nach angemessenen Maßnahmen im Bundestag und in einer wertschätzenden öffentlichen Debatte muss sein und unbedingt ergänzt werden durch die finanzielle Abfederung aller Betroffenen.

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSDP: Sebastian Walter.

nächste OW am
25. November